

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2,40 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Pachtstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weg.

Druck von G. H. F. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Frill, Hannover.

Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Kilonienstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Zersetzungserscheinungen, Umbildungsprozeß.

Wie der Krieg die seit Jahrzehnten angesammelten politischen Krankheitsstoffe zutage förderte, so daß jeder, der sehen wollte, sie auch sehen konnte, so treten jetzt gleichfalls als Nachwirkung des Krieges alle Schäden des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems immer deutlicher hervor. Der Krieg hat alle unsere Vorräte aufgezehrt. Warenmangel besteht allgemein. Eine gesteigerte Produktion auf allen Gebieten wäre erforderlich und zum größten Teil heute auch möglich. Weil jedoch der Kapitalismus nicht im Allgemeininteresse, sondern im Privatinteresse produziert, wobei nicht der Bedarf der Gesamtheit über die Höhe der Produktion entscheidet, sondern die Profitmöglichkeit einzelner, deshalb werden Betriebe geschlossen, wird die Produktion eingestellt. So etwas wäre selbstverständlich nicht möglich, wenn die Gesamtheit Besitzer der Produktionsmittel wäre und im Interesse aller produzieren würde. Es wäre dann z. B. nicht möglich, daß jemand keine Schuhe oder Kleider hätte, obwohl solche massenhaft vorhanden sind, oder daß jemand keine Arbeit hätte, solange noch Bedarf an Produkten vorhanden wäre. Solche Zustände, die bei längerem Nachdenken als Tollheit erscheinen, haben wir heute, nur sind sich viele Menschen über die Ursachen nicht klar; das hat am besten die Wahl am 6. Juni bewiesen. Leider lassen sich diese Schäden durch Eingriffe von außen nicht beseitigen. Die Gesundung müßte schon von innen heraus erfolgen. Sie kann aber nur herbeigeführt werden, wenn eine Regierung vorhanden ist, die Verständnis für die vorhandenen Mängel und den Willen zu deren Beseitigung hat, und wenn diese Regierung von einer verständigen Einheit aller Arbeitenden unterstützt wird. Mit anderen Worten: durch praktische, wenn auch mühevollen Arbeit müßte der ganze wirtschaftliche Organismus umgebaut werden. Weber durch Beschwörungsforneln einer weisen Frau, noch durch einen Kuppelsucher, der den Kranken zu Tode kuriert und ihn dadurch von allen Übeln erlöst, wird es besser werden. Die zu lösenden Probleme können selbst durch Schimpfen — ein Universalmittel für und gegen alles — ihrer Lösung nicht nähergebracht werden.

Die schon seit längerer Zeit schlagwortartig hinausgegebene Parole „Nur Arbeit kann uns retten“ ist zweifellos heute noch genau so richtig wie ehemals. Aber in dem Moment, da Gefahr für Preisentwertungen besteht, werden Betriebe stillgelegt aus Furcht, daß der Gewinn zurückgeht. Wenn das kapitalistische System keinen anderen Ausweg aus der Zeiten Not findet, dann soll es sich nur ruhig begraben lassen. Mit einer Deutlichkeit sondergleichen wird also demonstriert, daß nicht produziert wird im Interesse des gesamten Volkes, der Allgemeinheit, sondern rein im Interesse einzelner Privatunternehmer resp. Aktienbesitzer.

Durch die Schließung der Betriebe oder Einschränkung der Produktion wird die Arbeitslosigkeit vermehrt, und doch streben die Unternehmer auf Beseitigung der Achtstundenschicht resp. Verlängerung der Arbeitszeit. Hat dieses Verhalten auch keinen logischen Sinn, so doch System. Durch Schaffung der berühmten Reservearmee auf dem Arbeitsmarkte soll die Arbeiterkraft fürre gemacht und dann — vielleicht mit Hilfe einer neuen reaktionären Regierung — dem Achtstundentag der Garauz gemacht werden; das erhöht den Gewinn. Zudem erlöst ja in der Unternehmernpresse bereits der Schrei nach Lohnabbau. Damit sollen alle Schäden kuriert werden. Immer wieder wird behauptet, die hohen Löhne seien schuld an unseren unsoliden wirtschaftlichen Verhältnissen. Tatsächlich reichen die Löhne der Arbeiterschaft in den allermeisten Fällen gar nicht hin, um sich, wie es sein müßte, zu nähren und zu kleiden. Die Arbeiterschaft hat während der vier Kriegsjahre so schwere Opfer gebracht, hat so viel gelitten, gehungert und gedurft, daß es wirklich an der Zeit wäre, die Kapitalistenklasse dächte daran, nun auch ihrerseits etwas wie ein Opfer zu bringen, auch einmal ein Jahr mit weniger oder ohne Gewinn vorlieb zu nehmen. Die Arbeiter sind mit ihren Löhnen in den letzten 1 1/2 Jahren immer in beträchtlichem Abstand hinter den Preissteigerungen nachgehinkt. Die Preissteigerungen sind jetzt noch nicht zu Ende, und doch der Ruf auf Lohnabbau.

In einigen Industriezweigen unseres Agitationsgebietes besteht gleichfalls die Gefahr der Schließung wegen Anhäufung von Produkten infolge Käuferstreiks oder wegen — von der Regierung festgesetzter — angeblich zu niedriger Verkaufspreise. Die Produktion sei unrentabel geworden. Durch Arbeiterentlassungen wird aber die Kaufkraft der Konsumenten noch mehr geschwächt und die Waren bleiben erst recht liegen und müssen später unter Umständen mit noch größeren Verlusten abgestoßen werden, als es jetzt nötig wäre. Der Kapitalismus schafft also künstlich eine Krise, nur um die Preise hochzuhalten. Daß heute keine Kaufkraft vorhanden wäre, ist falsch. In jedem Haushalt ist Mangel an allem, folglich ist auch Kaufkraft vorhanden, aber es fehlt die Möglichkeit zu kaufen, weil die Mittel dazu nicht ausreichen. Bei wesentlichen Preisentwertungen würde sofort ein Warenabfluß erfolgen und zugleich die Möglichkeit geschaffen werden,

weiter zu produzieren. Einen Ueberfluß an Waren haben wir heute noch nicht, es liegen Waren nur haufenweise dort, wo sie zurückgehalten wurden, in der Hoffnung auf weitere Preissteigerungen. Das „Berliner Tageblatt“ vom 15. Juni berichtet referierend über die letzte Tagung des Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium. Staatssekretär Hirsch gab dort eine Darstellung der Gründe, die zu der gegenwärtigen Geschäftsstockung geführt haben, und erörterte einige Vorschläge, die nach seiner Ansicht zu einer Behebung der Krise und insbesondere der in ihrem Gefolge auftretenden Arbeitslosigkeit geeignet seien. Was zunächst die Gründe anlangt, so ist dem Staatssekretär unbedingt darin recht zu geben, daß die augenblickliche Geschäftsstockung nicht allein auf den durch die starke Wertabwertung veranlaßten Käuferstreik zurückzuführen sei, sondern daß sie auch zum Teil mit einem Verjagen der Kaufkraft zusammenhängt, das wenigstens für einen Teil der Bevölkerung schon vor der Besserung der Markt begann. Die Preise waren besonders seit dem Herbst 1919 stärker gestiegen als die Einkünfte eines großen Teils der Bevölkerung. Herrenanzüge z. B., die vor der Krise bis auf 3000 Mk. gestiegen waren und auch jetzt unter 2000 Mk. das Stück (das sind die Preise noch heute) und sonstige Wäscheartikel konnte sich der Angestellte, der Beamte, der Rentner, kurz der sogenannte Mittelstand gar nicht kaufen, auch wenn er noch so kaufwillig gewesen wäre, und diese Bevölkerungsschichten sind denn allmählich auch in einen Zustand der Unterernährung hineingeraten, der sich erst nach dem Aufbrauchen der alten Bestände in seiner ganzen Schärfe zeigen wird. Als dann die Wertabwertung einsetzte, hielten naturgemäß auch diese Kreise mit ihren dringenden Käufen (sie hätten aber, soweit nur die allerdringendsten vornehmen können) zurück. Das Schwergewicht des Käuferstreiks liegt indes ganz woanders, nämlich bei denjenigen Teilen der Bevölkerung, die vorher als Produzenten, Händler, hochbezahlte Angestellte und Privatbeamte an der Gunst der Geschäftskonjunktur teilgenommen hatten. Sie und ihre Familienangehörigen waren es gewesen, die viel gekauft hatten und denen es auf die Bezahlung selbst der höchsten Preise nicht angekommen war, solange sie „groß verdient“ hatten. Ja, sie hatten sogar aus spekulativen oder steuerlichen Gründen die Neigung gehabt, mehr anzuschaffen als sie in Wirklichkeit brauchten. Diese Kreise, die früher das Hauptkontingent der Käufer besonders für hochwertige Waren gebildet hatten, sind es jetzt, die in den Geschäften durch Abwesenheit glänzen. Einerseits ist ihr Bedarf durch die überreichliche Versorgung der früheren Zeit gedeckt, ja übergedeckt, andererseits sind sie in ihrer Kaufkraft zurückgefallen, geworden, weil sie jetzt nicht mehr so große Gewinne haben, zum Teil sogar Verluste erleiden.

Hinzu kommt, daß unsere Unternehmer in Handel, Gewerbe und Industrie verlernt haben, mit Pfennigen zu rechnen. Sie sind infolge der jahrelangen glänzenden Konjunktur verwöhnt und sind gewohnt, mit Scheffeln zu schöpfen. Ohne 100 oder 200 Prozent Gewinn bei jedem Artikel geht es nicht mehr. Man werfe nicht ein, das sei nur beim unrealen Unternehmen der Fall. Wir müßten sonst die Frage stellen, wo heute denn der reelle Handel resp. die realen Geschäftsleute überhaupt sind; wohl auf Urlaub?

Nun müssen wir auch wieder aus dem gegenwärtigen Zustand herauskommen, ohne daß der Hannemann Arbeiter mit Lohnreduzierungen vorangeschickt wird. Es nützt alles nicht, die Unternehmungen müssen Verluste tragen. Schließen sich die Unternehmer nicht in allen Berufsgruppen zu Produktions- oder sonstigen Gemeinschaften zusammen, so wird zweifellos mancher von ihnen auch auf der Strecke bleiben. Vermutlich ist das den Finanzkräften auch gar nicht unangenehm, wenn auf diese Weise eine „Gesundung“ im Wirtschaftsprozess herbeigeführt wird. Lästige Konkurrenten sind nie angenehm. Diese Erscheinung wird in nächster Zeit scharf in den Vordergrund treten. Auf Kosten des Mittelstandes wird das Proletariat herbeigeführt bekommen. Das ist immer das eiserne Maß der Entwicklung gewesen, das ist aber auch der Weg, der zur Sozialisierung führt.

Zunächst allerdings wollen die Unternehmer, ob klein oder groß, auf Kosten der Arbeiterschaft wirtschaftlich (finanziell) gewinnen. So erklärte Dr. Kuhl, der Syndikus des bayerischen Industriellenverbandes, von den Arbeitern müßten erhöhte Leistungen bei geringeren Löhnen verlangt werden, und er fügte auch gleich hinzu: daß dies nicht ohne schwere Kämpfe durchgeführt werden könne, sei fraglos. Das ist das alte Unternehmertum. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, die Produktionsmöglichkeit aufrechtzuerhalten. Konzentration des Kapitals, Ausnützung der am höchsten entwickelten Betriebsmittel, bessere Organisation des Ein- und Verkaufes, Preisentwertungen.

Wirtschaftskrisen infolge Ueberproduktion können noch mit einem Schein von Berechtigung als ein unvermeidliches Übel ausgegeben werden. Tatsächlich sind sie auch eine Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wirtschaftskrisen aber, die auftreten in einer Zeit, da alles förmlich noch

Waren schreit, haben etwas Aufreizendes an sich, und da verlangt man auch nach Verlängerung der Arbeitszeit, deren Folge doch zunächst nur sein könnte Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Gewiß sind die jetzigen Krisenerscheinungen Nachwirkungen des Krieges resp. der Entwertung deutscher Zahlungsmittel. Aber mit welchem Recht, fragen wir, mutet man der deutschen Arbeiterschaft zu, alle Opfer auf sich zu nehmen? Warum sollen nicht jene, die seither kaum Opfer gebracht haben oder gar noch Kriegsgewinne einsteckten, auch einmal bluten, d. h. nur finanziell? Wenn statt dessen Arbeiterentlassungen in größerem Maßstabe vorgenommen werden sollen, weil Betriebe vorübergehend nicht gewinnbringend sind oder weil die Fabriklager vollgepfropft sind, dann wird jedem klar: wir kranken am kapitalistischen Wirtschaftssystem. Gegen diese Krankheit gibt es nur eine Medizin, die allmähliche Sozialisierung.

### Die Unionisten.

Die Geschichte wiederholt sich. In diesem Falle ist es die Gewerkschaftsgeschichte, die einen Rückfall erlebt. Bekanntlich ist der Syndikalismus eine gewerkschaftliche Spielart auf lokalorganisatorischer Grundlage mit anarchistischen Tendenzen. Wir können diese Organisationsform mit Fug und Recht als eine Kinderkrankheit der Gewerkschaften bezeichnen. Nur unter Arbeitern ohne Verständnis und Klarheit für und über das Wesen der Gewerkschaften können solche Organisationsgebilde entstehen, wie sie heute die „Freie Arbeiter-Union“ und die „Allgemeine Arbeiter-Union“ darstellen, als Neuauflage des Syndikalismus früherer Jahre. Die Mitglieder der beiden Unionen können ohne weiteres als gewerkschaftliche Lehrlinge angesehen werden, wobei wir allerdings erst abwarten müssen, wie sich die Lehrgzeit gestalten wird. Wer die Art der Agitation und die „Aufklärungsarbeit“ der Syndikalisten (Freie Arbeiter-Union) und der F.A.B.-D.-Leute (Allgemeine Arbeiter-Union) kennt, der befürchtet allerdings, daß die betörten Leute, die den Unionisten auf den Leim gegangen sind, erst durch bittere Erfahrungen klug werden dürften. Die Unionisten leisten heute tatsächlich Arbeit im Interesse der Unternehmender, die sich nur freuen können, wenn die organisierte Arbeiterschaft zerfällt und damit geschwächt wird. Ob diese Arbeit im Unternehmerinteresse mit oder ohne Absicht geleistet wird, tut zunächst gar nichts zur Sache. Fest steht, daß der Erfolg dem Unentgeltlichkeit zugute kommt. Es ist charakteristisch, daß die Unionisten gar nicht das Bestreben haben, indifferente Arbeiter aufzurütteln, sie zu organisieren. Sie wollen vielmehr die bereits organisierten abermals organisieren, d. h. die Einheit der Organisation zerstören. Das kann für die Arbeiterschaft nur nachteilig sein. Wer von den unionistischen Agitatoren das nicht begreift, der muß geistig so rückständig sein, daß eine halbwegs intelligente Arbeiterschaft ihn als Führer oder Wortführer, wie er sich nennen mag, gar nicht dulden soll. Ist der „Wortführer“ sich aber klar über das Schädliche seines Treibens, so handelt er offensichtlich verräterisch an der Arbeiterschaft und er muß unschädlich gemacht werden. In beiden Fällen kann er nicht Vertreter einer klar denkenden Arbeiterschaft sein.

Daß der Syndikalismus immer dort und dann austritt, wo und wann sich größere Massen den gewerkschaftlichen Organisationen zuwenden, ist ganz erklärlich. Die seither Unorganisierten kommen ohne jedes tiefere Verständnis für das Gewerkschaftswesen zur Organisation. In großer Zahl erwarten sie nunmehr sofortige Erfüllung aller ihrer Wünsche und werden ungemütlich, wenn sie sehen, daß das nicht so am Schnürchen geht. Schließlich befinden sich diese Unausgeklärten in der Majorität, also müssen sie alles besser wissen und haben immer recht. Sie gebärden sich dann sehr oft wie ein böses unartiges Kind, das ja geistig noch unentwickelt ist, das aber gerade deshalb der Führung und verantwortungsvollen Leitung Erfahrener bedarf. Solche Leute fallen am leichtesten irgendeinem unverantwortlichen Schwadronneur zum Opfer. Sie bilden sich ein, daß sich hinter einem großen Mund und hinter starken Worten ein großer starker Geist verberge. Statt dessen finden wir bei solchen unionistischen Wortführern in der Regel Horniertheit, absolut kein Verantwortungsgefühl oder — was noch viel schlimmer ist — die bestimmte Absicht, die Arbeiterschaft von einem geschlossenen Handeln abzuhalten.

Gewiß, die Unionisten sind für Generalkrisen jeden Tag zu haben. Sie leben in dem holden Wahn, dadurch eine neue, bessere Gesellschaftsordnung herstellen zu können. Das ist so ungefähr dasselbe als wenn ein Landpächter dem Verpächter zum Trotz die Arbeit einstellt und sich nun einbildet, jetzt gehe es ihm gut, denn er arbeite ja nichts mehr. Sein Wagnis wird ihn aber bald eines Besseren belehren. Der Generalkrieg ist eben kein Mittel für und gegen alles, er kann nur in ganz außergewöhnlichen Situationen gut sein. So legen die unionistischen Wortführer in ihren wirtschaftlichen und politischen Anschauungen eine Rawität an den Tag, die Kopfschütteln erregen muß, wenigstens bei dem kritischen Zuhörer.

Seine beste Pflanzstätte hatte der Syndikalismus in dem kleinstädtischen Frankreich des vorigen Jahrhunderts. Auch noch im vorigen Jahrzehnt dieses Jahrhunderts spielte er eine hervorragende Rolle. Heute ist er auch dort so ziemlich überwunden, nachdem die Arbeiterschaft genügend Lehrgeld bezahlt hat.



**§ 6.**  
In Ergänzung des § 43 des Reichsvertrages wird ein bezüglicher Schlichtungsausschuß gebildet mit dem Sitz Frankfurt a. M. Dieser Schlichtungsausschuß hat auf Antrag innerhalb 14 Tagen in eine Verhandlung einzutreten.

**§ 7.**  
Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, von diesem Lohnabkommen abweichende Bestimmungen mit anderen Organisationen oder einzelnen Arbeitgebern oder Arbeitnehmern nicht zu treffen.

**§ 8.**  
Vorstehendes Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1920. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, vor Ablauf desselben in neue Verhandlungen einzutreten.

- Für die Arbeitnehmer:  
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 13 Frankfurt a. M.  
gez. Fr. Köhl.  
Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands.  
gez. Sieghardt.  
Für die Arbeitgeber:  
Verein hessischer Ziegeleibesitzer.  
gez. Dir. Waigel.  
Verein hessischer Ziegeleibesitzer.  
gez. Dr. Peters.

**Neubekum.** Schon Ende März wurden an die Arbeitgeber der rheinisch-westfälischen Zementindustrie die Forderungen der Zementarbeiter der Orte Neubekum, Bekum und Ennigerloh eingereicht. Über erst am 7. Mai fühlte man sich veranlaßt, in die Verhandlungen einzutreten. Diese Verschleppungspolitik führte bei der Arbeiterchaft zu Unzufriedenheiten, und zwar nicht ganz mit Unrecht, denn schon bei den Verhandlungen in Bochum boten uns die Arbeitgeber ganze 20 Prozent Lohnhöhung. Dadurch wurde die Erbitterung noch größer. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten dieses Angebot ab, da sie mit einem solchen Angebot nicht vor die Arbeiter treten konnten. Die Folge war, daß die Arbeiterchaft die bis dahin gemachten Überstunden, die nicht unbedingt notwendig waren, demonte. Wenn man es als taktisch nicht ganz richtig bezeichnen kann, während der Verhandlungen irgendwelche lösende Maßnahmen zu treffen, so kann man es aber der Arbeiterchaft nachfühlen, wenn ihre Geduld ein Ende nahm. Schuld waren die Arbeitgeber mit ihrer Verschleppungspolitik. Wenn der Tarif rechtzeitig geklärt ist, kann man auch wohl verlangen, daß so bald wie nur irgend möglich die Verhandlungen stattfinden. Man soll nicht immer die Geduld der Arbeitnehmer auf eine so harte Probe stellen und sie zum äußersten zwingen. Aber man kennt ja schon die Praktiken der Herren Arbeitgeber, sie singen immer noch das alte Lied vom armen Manne. Sollen sie etwas mehr Lohn zahlen, dann sind sie nicht mehr erfindungsfähig. Die ausgezahlten Dividenden der verschiedenen Werke beweisen aber das Gegenteil. Bei den Verhandlungen werden von den Unternehmern immer die anderwärts gezahlten niedrigsten Löhne in den Vordergrund geschoben; aber niemals wird von bestehenden höheren Löhnen gesprochen. Ihr Standpunkt ist immer, je weniger wir zahlen, desto höher ist unser Profit. Gerade in der Zementindustrie, die doch wesentlich nicht die höchsten Löhne zahlt, kann man ganz gut etwas mehr für die Arbeiter tun, die Rohmaterialien sind nicht verteuert, die Steinbrüche befinden sich in Friedenszeiten. Oder will man etwa das Gegenteil behaupten? Von welchem Schlage die Arbeitgeber sind, beweist schon das geringe Angebot von 3,80 M., welches für Steinbruch- und Klinkerarbeiter gemacht wurde. Der geforderte Lohn von 5,20 M. die Stunde für diese schwere Arbeit ist wirklich nicht zu viel. Es gibt in dieser Industrie noch andere Arbeiten, die genau so schwer sind, aber noch niedriger entlohnt werden. Erst durch die Organisation müssen die Arbeitgeber jedesmal gezwungen werden, Zugeständnisse zu machen. Es ist nun schon zum zweitenmal passiert, daß erst eine Schlichtungsinanz angeregt werden mußte. Durch die Starckpöppigkeit der Zementbarone sind denn auch die Verhandlungen gescheitert. Es konnte keine Einigkeit erzielt werden, denn die Arbeitgeber hatten aus den Verhandlungen nichts gelernt und gingen von ihrem Angebot von 20 Prozent nicht herunter. Auch durch die Anrufung des Reichskommissariats konnte unter der Leitung dessen Vertreters am 21. Mai keine Einigung erzielt werden, und es wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Die tariflichen Lohnsätze betragen vom 1. Mai an:

Mingofen- und Steinbrucharbeiter	4,40 M.
Drehofen- und Schachofenbrenner, Kesselheizer, Lokomotivführer und Maschinisten	4,20 M.
Müller, Schmierer, Presser, Trommelheizer, Klinkerfahrer, Arbeiter, Rohbrecher	4,— M.
Hilfsarbeiter für Schloßerei und Schmiede	4,— M.
Bader	4,40 M.
Abblader	4,— M.
Platzarbeiter (Tagelöhner)	3,60 M.
Nachwächter, soweit nicht im Monatslohn	3,60 M.

Ungelernte jugendliche Arbeiter:

im Alter von 14 Jahren	1,80 M.
im Alter von 15 Jahren	1,90 M.
im Alter von 16 Jahren	2,10 M.
im Alter von 17 Jahren	2,30 M.

Frauen und Mädchen:

im Alter von 14 Jahren	1,60 M.
im Alter von 15 Jahren	1,80 M.
im Alter von 16 Jahren	2,— M.
im Alter von 17 Jahren	2,20 M.
im Alter von 18 Jahren	2,70 M.

Hilfsarbeiter (Schloßer, Schmiede, Dreher, Elektrotechniker, Tischler, Maurer), über 18 Jahre alt, im ersten Beschäftigungsjahr nach der Lehrzeit

	4,50 M.
--	---------

Lehrlinge: im 1. Lehrjahr 1,80 M., im 2. Lehrjahr 1,70 M., im 3. Lehrjahr 2,10 M.

**Satzentrale:**

Presser und Ausgüßler	4,— M.
Abblader	3,90 M.
Weibliche Arbeiter im Betriebe	3,20 M.
Weibliche Arbeiter als Näherin	2,80 M.

2. Die weiteren Streitpunkte und die Frage der Geltungsdauer des obigen Schiedsspruches werden nach Vereinbarung in einer Kommission verhandelt, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je sieben Mann entsenden.

In dieser Sitzung wurde die Familiensituation einer genaueren Prüfung unterzogen und ein ganz Teil Verbesserungen getroffen, ferner der Reichstarif durchberaten. Im übrigen verweisen wir unsere Mitglieder auf den in Nr. 20 des „Proletarier“ veröffentlichten Reichsarbeitsvertrag der Industrie der Steine und Erden.

In einer am anderen Tage abgehaltenen Versammlung erklärten sich die Arbeiter vorläufig mit diesem Schiedsspruch einverstanden. Auch die Arbeitgeber erkannten den Schiedsspruch an. Während der Lohnbewegung sind aber die Lebensmittel schon wieder bedeutend gestiegen und so stehen die Lohnforderungen noch lange nicht mit den Lebensmittelpreisen im Einklang. Die Arbeitgeber möchten am liebsten die Löhne jetzt schon abbauen. Wir aber sagen, erst die Löhne den Verhältnissen entsprechend vereinbaren, dann Herabsetzung der Lebensmittelpreise und Bedarfsartikelpreise, dann eine gewisse Atempause und dann kann aamähtlich, wenn die Zeiten dafür da sind, an einen Abbau der Löhne gedacht werden. Heute ist dies noch gänzlich ausgeschlossen. Kollegen, seid deshalb auf der Hut, fahrt eure Organisation, damit dieselbe aus, laßt euch nicht von Außenstehern beschwächen, haltet an eurer Organisation fest und weilt jede Zerplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung zurück, damit wir den Kampf gegen die Willkür der Arbeitgeber erfolgreich führen können, denn die Reaktion ist im Anmarsch!

### Lohnunterschiede in allen Ziegeleien des Freistaats Sachsen.

Nachdem der Lohnstarif aller Kreisbauernschaften Sachsens, der zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Ziegeleien einerseits und dem Fabrikarbeiterverband andererseits geschlossen war, mit dem 30. Juni abläuft, haben die Arbeitgeber auf einer am 29. Mai in Dresden abgehaltenen Landesversammlung einstimmig erklärt, den Vertrag zu kündigen. Daut einer hieraus ergangenen Bekanntmachung war der Wahrspruch an alle Ziegeleibesitzer gerichtet worden, die Ziegeleien trotz des Mangels an Ziegeln und des bestehenden Kohlenvorrates stillzulegen.

Ein großer Teil der Arbeitgeber ist bereits diesem Aufruf gefolgt und haben ohne Rücksicht auf Nachfrage und Produktion, die im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen ist, ihre Ziegeleien geschlossen, teils haben sie ihrer Arbeiterschaft gekündigt.

Wenig eigenartig gebärden sich einzelne Besitzer, die ihre Arbeiterschaft auffordern, 10 Stunden und mehr zu arbeiten und die hierzu die Genehmigung des Demobilisationskommissars anfordern. Die meisten Ziegeleibesitzer erklären jedoch, zu den jeweiligen Löhnen nicht weiter produzieren zu können, da sie ihre Steine zu dem durch die Lohnrate bewirkten Preise nicht absetzen könnten. Der Brod der Ziegeleibesitzer ist lebendig, sämtliche Ziegeleiarbeiter auszusperrten, um sie wieder, wie vor der Kriegszeit, als willenslose Ausbeutungsobjekte zu niederem Lohn und langer Arbeitszeit sowie dem früheren Akkordsystem verwenden zu dürfen. Daß es nicht an der Zeit sein dürfte, den Ziegeleiarbeitern, die wohl die schwersten Arbeiten auszuführen haben, dabei gezwungen sind, zu den rationierten Lebensmitteln auch noch teure marktfreie Waren zu kaufen, die Löhne zu drücken, dürfte kaum anzuzweifeln sein. Aus diesem Grunde ist ein Lohnabbau ungerecht. Nichtiger dürfte es sein, wenn die Ziegeleibesitzer der Kreisbauernschaft Chemnitz zur Behebung des Baumaterialmangels einen Teil von ihren Wucherpreisen beim Ziegelverkauf abtreiben würden. Zur Wahrung ihrer Geldsachinteressen dürfte auch eine dementsprechende niedrige Gewinnrate am Plage sein. Auch hier zeigt sich, daß die Arbeitgeber wieder glauben, die Leisige schwingen zu dürfen, indem sie die Arbeiterschaft ans Hungertuch liefern, um sie durch Arbeitslosigkeit und Not zu zwingen, den Angeboten der Arbeitgeber entsprechend dann weiter zu arbeiten. Die Gas- und Wasserleitungen haben nichts unberührt gelassen, durch Verhandlungen, selbst mit Hilfe des Arbeitsministeriums, die Arbeit weiterhin in der Kampagnezeit aufrechtzuerhalten. Die Unternehmer haben ihr Erscheinen zu diesen Einigungsbestrebungen abgelehnt. Die Unternehmer verjagen, die Ziegelpreise auszuspielen. Sie fragen nicht nach den Folgen ihres Unses: Einjährigstellung der Bauarbeiten und Erschwerung des wirtschaftlichen Aufbaues. Sie wollen eine Schädigung des gesamten Baugewerbes herbeiführen. Wie bereits in einer Zieglerversammlung von Facharbeitern betont wurde, dürfte es an der Zeit sein, daß das Wirtschaftsministerium Erörterungen anstellen läßt über die Preisbildung der Ziegel und wie durch die Sozialisierung der Betriebe dem Vorgehen der Ziegeleibesitzer Einhalt geboten werden kann. Nachdem die Unternehmer aller Ziegeleien nunmehr auch im Chemnitz bezirk verjagen, die Arbeiterschaft durch Unterdrückung zu verpflichten, zu niederem Lohn zu arbeiten und die Arbeit zu verlassen, dürfte es Aufgabe aller Ziegelerbeiter sein, diese Anforderung auf das entschärfendste zurückzujetzen. Nur durch geschlossenes Vorgehen und Handeln wird es der Arbeiterschaft gelingen, den schonen Plan zum Ziele zu machen.

Eine Versammlung der Ziegeleiarbeiter in Chemnitz faßte nachstehende Resolution:

„Die am 20. 6. 20 im Hofhaus zur Linde in Chemnitz tagende Ziegeleiarbeiterversammlung, welche von 346 Personen besucht war, erhebt scharfen Protest gegen die Maßnahmen der Ziegeleibesitzer Sachsens, indem diese auf vorkriegszeitliche Zustände zurückgreifen und somit in gegenwärtiger Zeit die bestehende Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit rücksichtslos befestigen; dieses bedeutet auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet die schärfste Kampfanlage an alle Ziegeleiarbeiter.“

Sollten die Ziegeleibesitzer an ihrem Beschluß vom 30. 5. 20 betr. Kündigung, Lohnabbau, Einführung von Akkordarbeit usw. festhalten, so ist die Ziegeleiarbeiterschaft gewillt, die Produktion selbst zu übernehmen. Auch wenn das als ungeleglich hingestellt würde, so liegt der Arbeiterschaft bedeutend mehr an der Wiederbelebung des Wirtschaftsmarktes als diesen Herren Kapitalprogen, die da glauben, daß die alte Zeit ihrer Ausübung des Rechts wiedergewonnen sei. Gleichzeitig fordern die Ziegeleiarbeiter die Sozialisierung der Ziegeleien sowie deren Grund und Boden, der seitens dieser Herren doppelt und dreifach bis zur Zeit ausgenutzt wurde. Auf keinen Fall werden sich die Ziegeleiarbeiter der Kreisbauernschaft Chemnitz den Beschläffen dieser Ziegelbarone unterwerfen. Die Sektion der Ziegeleiarbeiter.“

### Verschiedene Industrien

#### Aus der Oelindustrie.

Am 18. und 19. Juni fanden in Harburg a. d. E. zwei überfüllte Versammlungen der in der Oelindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Kollege Wöber legte alle die Widersprüche und Gegenstände der heutigen Weltwirtschaftung dar. Die Oelfabriken sind derartig mit fetigen Oelen und Fetten überhäuft, daß Arbeiterentlassungen und Stilllegungen der Betriebe unvermeidlich sind. Auf der anderen Seite verlangt die Bevölkerung dringend nach Oelen und Fetten. Der Preis der Oele und Fette, die aus der im Januar zu niedrigem Geldwert eingelaufenen Oelkaat hergestellt sind, steht in keinem Verhältnis zu den jetzigen Preisen. Die hierbei eingetretenen Schwankungen sollten erst vom Reich getragen werden; davon hat man wieder Abstand genommen. Jetzt soll ein Ausweg dadurch gefunden werden, daß den Oelfabriken gestattet wird, ein Teil der Oele frei abzugeben. Der hierfür festgesetzte Preis ist aber so hoch, daß wahrscheinlich niemand die Oele und Fette kaufen wird. Wenn keine Änderung eintritt, sollen von Reichsausgang für Oele und Fette die Betriebe am 1. Juli d. J. stillgelegt werden, um die Oele und Fette, deren Wert allein in Harburg 600 Millionen Mark beträgt, erst abzugeben. Hiergegen gilt es Protest zu erheben. Weiter muß Protest erhoben werden, daß den Fabriken schon seit Monatsfrist verboten ist, Rohmaterial zu kaufen. Nachstehende, vom Reichsrat vorgelegte Entschlieung wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen: „Wie wir von zuverlässiger Seite hören, soll beschleunigt sein, durch reichswirtschaftliche Verfügung die Oelfabriken zum 1. Juli d. J. stillzulegen, weil die Vager der Fabriken durch Anhäufung übergroßer Quantitäten Oel und Fette überfüllt sind, die seitens der Reichsregierung nicht abdisponiert werden können.“

Von gleicher Stelle ist den Oelfabriken resp. der Wirtschaftsgesellschaft der heutigen Oelwirtschaft bereits seit etwa Monatsfrist der Einatz weiterer Oelkaaten verboten worden. Auch dies ist unseres Erachtens ein wirtschaftlicher Fehler, weil dadurch in der späteren Belieferung unbedingt eine Lücke eintreten muß.

Es ist uns unverständlich, daß derartige Maßnahmen beschleunigt sind; denn die Bevölkerung leidet noch ständig unter großem Fettmangel, und wäre es doch entgegengesetzter, die Bevölkerung durch Freigabe größerer Fettmengen durch die Kommunen oder durch den legitimen Handel zufriedenzustellen und nicht durch Betriebsstilllegung Arbeitslosigkeit und damit große Unzufriedenheit und Unruhen hervorzurufen.

Die Arbeiterschaft der Oelindustrie Harburgs fordert deshalb Beilegung der Mißstände durch sofortige Freigabe der in den Oelfabriken liegenden Mengen von Oelen und Fetten zu einem Preise, der es der Bevölkerung ermöglicht, zu kaufen. Ferner verlangen wir Aufhebung der Bestimmungen, daß keine Oelkaaten mehr gekauft werden dürfen. Durch die Schließung der Betriebe würden allein in Harburg über 2000 Arbeiter arbeitslos, ein Zustand, der für eine Stadt wie Harburg unvorstellbare Folgen nach sich ziehen kann; ferner würde später wieder ein großer Oel- und Fettmangel eintreten.“

### Genossenschaftsbewegung.

#### Die „Vollsfürsorge“

zeigt in ihrem Geschäftsbericht für 1919 die großen Schwierigkeiten an; unter denen das Versicherungsgewerbe im allgemeinen und die „Vollsfürsorge“ als junges Unternehmen insbesondere zu leiden hatten.

Während die übrigen Wirtschaftszweige die gewaltig gestiegenen Unkosten auf die Warenpreise abwälzen konnten, die der Konsument zu zahlen hatte, war das im Versicherungsgewerbe unmöglich, da die Prämien, die hier die Warenpreise bedeuten, durch langfristige Verträge festgelegt sind. Etwas ausgleichend konnte nur die Erhöhung der durchgeführten Versicherungssumme werden. Sie betrug bei der „Vollsfürsorge“ in den ersten Jahren gegen 250 Mark pro Versicherungsfall, konnte aber bis zu den letzten Monaten des Jahres auf das Dreifache gesteigert werden. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres stieg sie ständig bis auf 1233 Mark im Mai. Wenn keine außerordentlichen Rückschläge erfolgen, so sind die Aussichten für die Versicherer in diesem Geschäftsjahre günstig.

Dank einer frühen Propaganda gingen 155 991 Anträge (gegen 70 665 im Vorjahre) mit einer Versicherungssumme von 91 130 984 Mark (23 644 526 Mark) ein, so daß Ende 1919 435 847 Versicherungen mit 145 398 964 Mark Versicherungssumme bestanden. Auf die Spärvorsicherung wurden 1919 796 412 Mark eingezahlt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind bereits 93 522 Neuabschlüsse mit 94 291 991 Mark Versicherungssumme zu buchen, so daß am Schluß dieses Jahres, wenn die Entwicklung nicht unannehmlich gehemmt wird, mit einer Viertelmilliarde Mark Versicherungssumme zu rechnen ist. Diese gewaltige Steigerung ist der beste Beweis für das zunehmende Vertrauen des arbeitenden Volkes in die „Vollsfürsorge“.

Die Prämieinnahme stieg von 5 178 413 Mark auf 10 643 421 Mark und die Zinseneinnahme von 449 363 Mark auf 614 304 Mark.

Die Versicherungsleistungen für Sterbefälle steigerten sich von 314 653 Mark auf 357 367 Mark, wofür ein Kapital von 673 414 Mark zur Verfügung stand, so daß ein Sterblichkeitsgewinn von 316 047 Mark verblieb.

Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Uberschuß von 673 603 Mark gegen 500 218 Mark im Vorjahre ab. An Dividenden werden mit Genehmigung der Generalversammlung den Versicherten 476 810 Mark (349 347 Mark) gutgeschrieben. Den gesetzlichen und vorgeschriebenen Reservefonds mußten 134 720 (100 044 Mark) überwiesen werden.

Die Kriegsversicherungskasse schüttet mit ihrem Abschluß am 17. Juni 463 575 Mark an 60 896 Personen mit 92 715 Anteilen aus. Die Auszahlungen erfolgen ohne Aufforderung.

Das bare Vermögen betrug rund 16 Millionen Mark, die Prämien- und Gewinnreserve der Versicherten nahezu 19 Millionen Mark. Berücksichtigt man, daß der Krieg die „Vollsfürsorge“ gerade in den ersten Monaten ihrer Entwicklung traf, der ihre Organisation in den meisten Orten lahmlegte, sich dieser Zustand während des Krieges nur mühsam beherrschte und erst im Verlaufe eines großen Teil Verbindungen wieder angeknüpft werden konnte, so ist das Resultat als ein erfreulicher Schritt zu dem Ziele zu betrachten: Das sozialisierte Versicherungsunternehmen der Gewerkschaften und Genossenschaften immer mehr zu einer wirklichen „Vollsfürsorge“ auszugestalten. Die Erfolge im laufenden Geschäftsjahr berechtigen zu diesem hoffnungsvollen Ausblick. Der weitere Ausbau der Organisation bildet dabei die sichere Grundlage.

Über die Vorteile der „Vollsfürsorge“ für die Arbeiterfamilien lasse man sich Auskunft von den Gewerkschaften, den Konsumvereinen, Rechnungsführern der einzelnen Orte oder der Hauptgeschäftsstelle der „Vollsfürsorge“ in Hamburg 5 erteilen, wo auch Ansuchen vorkommen werden.

### Zum Verbandstag.

Auf zur Arbeit! Von solidarischem Geist getragen wollen wir uns auf dem kommenden Verbandstag zur gemeinsamen Arbeit für einen weiteren Ausbau unserer Organisation und zur Erfüllung wichtiger Aufgaben, zum Wohle unserer Mitglieder zusammenschließen. Die zunächst durch den Zusammenbruch Deutschlands hervorgerufenen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter welchen die Arbeiterschaft am härtesten leidet, stellt das kommende Verbandsparlament vor neue große Aufgaben und Probleme. Die Zeit seit unserem letzten Verbandstag bedeutet auch in unserer Organisation eine neue Epoche. Ein gewaltiger Zustrom neuer Mitglieder in unsere Reihen ist erfolgt. Hunderttausende unserer alten sind aus dem blutigen Ringen wieder in die Reihen der Heimatkämpfer zurückgekehrt, um den edleren Kampf für die wirtschaftliche Befreiung aller Kolleginnen und Kollegen unseres Landes weiter zu führen. Die im raschen Tempo sich aufwärts bewegende Preissteigerung drängt unsere Organisation zu neuen, bahnbrechenden Vorhaben. Trotz der umfangreichen Arbeit, die von der Organisation geleistet werden mußte, zeigte sich auch ein starker Ausbau unserer Tarifvereine, konnten doch durch die Schaffung von Kollektivverträgen, Bezirke und Betriebe erzielt werden, für welche wir ohne diese kaum daselbe erreicht hätten. Und sind nicht durch die Schaffung der Reichsarbeitsverträge für die Mitglieder Vorteile erreicht worden, an die man an vielen Orten nicht dachte? Deshalb soll aber nicht gesagt sein, daß unsere Aufgabe auf dem Gebiete der Tarifpolitik erfüllt ist. Ganz besonders auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik wird der Verbandstag einen weiteren großen Schritt zu machen haben, und nicht zuletzt erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen auch ein Vornarrtschreiten zur Erfüllung der Aufgabe auf dem Gebiete der Sozialisierung. Durch die unauffälligen Lohnbewegungen war es natürlich unmöglich, in der gewerkschaftlichen Schulung und Bildung für unsere Mitglieder mehr zu tun. Auch hierin wird der Verbandstag durch gemeinsame Arbeit Wege finden müssen, um das Veränderte nachzuholen.

Aber auch unsere Unterhaltungsvereinigungen müssen den derzeitigen Verhältnissen angepaßt werden. Solange die sozialen Verhältnisse gelehrt nicht bis zur Vollendung ausgearbeitet sind, ist es Pflicht der Organisation, für deren weiteren Ausbau einzutreten, und solange dies nicht erreicht ist, ist es Aufgabe der Organisation, diese Lücken zum Teil auszufüllen. Da, zur Erfüllung dieser Aufgaben auch die notwendigen Mittel erforderlich sind, ist festzustellen. Es gibt heute noch viele, die glauben aus dem Loos schöpfen zu können, in den sie nichts hineingetan haben. Durch Schimpfen wird das Notwendige nicht geschaffen. Schimpfen nicht, bevor ihr die Sache nicht reiflich geprüft habt.

Neben der Reform unserer Verbandssparten bedürfen auch die vermittlungstechnischen Einrichtungen einer neuen, tiefen Änderung. Die Erfüllung all dieser großen Aufgaben und Probleme setzen voraus, daß wir den ersten Willen zur gemeinsamen Arbeit haben. Der Verbandstag darf nicht zum Scheitern mahngelassenen Akkordarbeiten oder zum Zusammenplatzen eines inhaltslosen Gezeugs werden. Die Kolleginnen und Kolleginnen verlangen positive Arbeit. Deshalb auf zur Arbeit!

H. Straßer, Badshaus.

Unter den vielen Anträgen, die wohl alle aus guter Meinung hervorgegangen sind, befindet sich auch ein Antrag auf Erhöhung der Invalidenbeiträge. Dadurch diese gerechtfertigt sein soll, ist mir nicht erklärlich. Der Invaliden hat keinerlei Ansprüche auf Unterstützung, sondern er fügt sich nur die Rechte, die er sich durch seine geleisteten Beiträge erworben hat. Wenn ein Kollege, wie es mehrfach der Fall ist, 3 Jahrzehnte seine Beiträge geleistet hat und nun, ganz arbeitsunfähig geworden, darauf angewiesen ist, von den Invalidenrenten, welche höchstensfalls 30 bis 40 M. pro Monat betragen, leben, wohnen und sich kleiden zu müssen, so wird jeder vernünftige Mensch einsehen, daß dieses unmöglich ist. Statt daß die Organisationen versuchen für die Armen der Kernten einzutreten und Sorge zu tragen, daß diesen allen Kollegen, die als Arbeiter und Rentner der Allgemeinheit gegenüber ihre Pflichten erfüllt haben, eine bessere Staats- oder Gemeindefürsorge zuteil wird, verlangt man erhöhte Beiträge bis zu 50 M. pro Woche. Ich möchte nun die Frage an die Antragsteller richten, woher der Invaliden das Geld nehmen soll? Oder sollen diese Anträge den Zweck haben, die alten Kollegen aus dem Verband herauszuwickeln? Letzteres kann ich aber unmöglich annehmen. Ich hege die Hoffnung, daß die Mehrheit der Kollegen solchen Anträgen nicht zustimmen. Es wäre auch traurig um den Verband gestellt, wenn er auf diese, aus den Kernten der Armen herausgedrängten Frennige angewiesen wäre.

J. Felich, Mainz.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Achtung, Betriebsräte!

Von extrem politischer Seite wird fortgesetzt versucht, die Organisation der Betriebsräte den Gewerkschaften zu entziehen und auf syndikalistische oder kommunistische Aktionsprogramme festzulegen. Zu diesem Zwecke werden Zentralstellen oder provisorische Rätezentralen errichtet und die Betriebsräte auf den Verkehr mit denselben hingewiesen. Auch auf einer in Halle a. S. abgehaltenen Versammlung von Betriebsräten extremster Richtung wurde eine solche provisorische Reichszentrale in Berlin, die vermutlich unter der Leitung der Däumig, Malachuk ufm. steht, empfohlen. Der Zweck dieser provisorischen Reichszentrale ist kein anderer, als die Betriebsräte nach politischen Meinungsverschiedenheiten auseinander zu organisieren und anstatt der einheitlichen Arbeiterinteressenvertretung gegenüber dem Unternehmertum den Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter zu pflegen. Durch solche Selbstzerfleischung aber würden die Betriebsräte niemals ein machtvolles Werkzeug zur Demokratisierung unserer Volkswirtschaft werden, sondern sie würden sich jedes Einflusses in den Betrieben und jedes Respekts der Unternehmer berauben. Die einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte allein gewährleistet, daß sie sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben durchsetzen. Diese einheitliche Organisation ist nur auf gewerkschaftlichem Boden und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften möglich.

Wir richten an alle Betriebsräte im Reiche das dringende Ersuchen, sich nicht von der Propaganda irgendwelcher unberufenen Rätezentralen einfangen zu lassen, sondern sich einzig und allein an die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin S.O. 16, Engeliner 15 IV, zu wenden, die jedem die gewünschte Auskunft erteilt.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Breslau.** Am 15. Juni fand im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, eine Mitgliederversammlung statt. Im Punkt 1 erläuterte Kollege Harb den Wert der Statistik, und daß eine solche schon zu Sommerzeiten gefertigt wurde. Eine Statistik ist für alle Korporationen notwendig. In Halle kann nur durch statistische Ermittlungen eine Regelung erfolgen. Ganz besonders ist die Statistik für Gewerkschaften wichtig, besonders zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dazu ist notwendig, daß die Kollegen richtige Angaben machen. In Punkt 2. Vortrag über das Lebensrecht der Arbeiterklasse, führte Kollege Harb aus, daß nur durch Kampf das Lebensrecht der Arbeiterklasse möglich ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es der Arbeiterklasse nicht möglich, auszuhalten. Es darf nicht verkantet werden, daß das Kapital auch heute noch eine Macht bildet. Eine Zersplitterung der Arbeiterklasse kann nur dazu führen, daß das Reich, welches der Arbeiterklasse gegeben worden ist, wieder genommen wird. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es der Arbeiterklasse nicht möglich, auszuhalten. Es darf nicht verkantet werden, daß das Kapital auch heute noch eine Macht bildet. Eine Zersplitterung der Arbeiterklasse kann nur dazu führen, daß das Reich, welches der Arbeiterklasse gegeben worden ist, wieder genommen wird. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es der Arbeiterklasse nicht möglich, auszuhalten.

**Reutlingen-Ubingen und Umgebung.** Der Stand der Mitglieder beträgt laut Bericht des Geschäftsführers Jüngler 1150 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 220 Mitgliedern. An Kranken- und Unfähigkeitsleistungen wurden 673,80 Mark ausbezahlt; der Hauptlohn wurden 446,72 Mark gezahlt. Der Kasseneinzug beträgt für die Zahlstelle 127,33 Mark, wovon 200 Mark dem Gewerkschaftskassentell als Darlehen für das Gewerkschaftshaus ausbezahlt werden konnten. Die Organisationsleistung hat in den Betrieben und Betriebsräten eine außerordentliche Höhe erreicht und verdient höchste Anerkennung. Ein großer Teil arbeitet in Aktien und erhält mindestens 20 Prozent über Standardlohn. Seit Mitte April sind wir in Reutlingen-Ubingen, eine Beschäftigtenliste erstellt. Diese Liste wird hier jenen der Herren Unternehmer immer wieder angehängt. — 2 Papiermüll- und -hilfsfabriken, 2 Papierfabriken, 1 Papierfabrik, 1 Pappfabrik, 1 Mähhilfsfabrik, 1 Biegelei und einige kleine Betriebe stellen das Vorwiegend unserer Mitglieder. Als Geschäftsführer wurde der jetzige Leiter der Zahlstelle gewählt, jedoch geschiede, daß der Antrag auf dem Verbandstage, die Kosten sämtlicher Ausgaben jenseits von der Hauptkasse getragen werden, zur Annahme gelangt. Die Unfähigkeitsleistungen von jeder verletzten Marke 10 Mark, das wurde die Besondere gestellt, alle 14 Tage örtlich zu zahlen. Der Betrag soll erhöht werden, und zwar jenseits Marken einschließlich Vorkosten von 1 Mark, 1,50 Mark und 2 Mark pro Woche verbucht werden. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Kadenbach gewählt. Einträge in ab 1. April mit Reutlingen verbunden. Insbesondere geht auch der Betrieb in Siegelstein, Jemen, Kalle, Gips- und Kalkstein-Betrieb wieder weiter, damit unserem Verband neue Mitglieder gesichert werden können.

### Rundscha.

#### Ergebnis der Reichstagswahl am 6. Juni 1920.

Das amtliche Wahlergebnis liegt nunmehr vor und zeigt etwas von unserer ersten Mitteilung in Nr. 25 des „Proletarier“ ab. Es wurden insgesamt 26 017 590 gültige Stimmen abgegeben. Von den abgegebenen Stimmen sind von den 466 Abgeordneten entfallen auf die einzelnen Parteien:

Partei	Stimmen	Abgeordnete
Sozialdemokraten	5 614 456	112
Unabhängige	4 895 317	81
Zentrum	3 540 830	68
Demokraten	2 202 334	45
Demokratische Volkspartei	3 736 778	66
Deutsche Volkspartei	3 606 516	62
Kommunisten	441 995	2
Christlicher Volksbund	218 884	4
Wähler	319 100	5
Christliche Volkspartei	1 171 722	21

#### Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben am 18. Juni in Berlin den Beschlüssen zu einem „Zentralausschuß der Unternehmerverbände“ beigesteuert. Dem Zentralausschuß werden angehört: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-

verbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleuten, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgesellschaften, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe. Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Begründung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen oder bezirklichen Ausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gesteckten Ziele auch auf örtlicher Grundlage die erforderlichen Richtlinien erlassen.

Zweifellos ist diese Vereinigung in der Hauptsache gedacht als Gegengewicht gegen die groß und stark gewordene Gewerkschaftsbewegung. Unterdessen versuchen irgendwelche Unglücksmenschen, genannt Unionisten, die organisierte Arbeiterschaft auseinanderzureißen, zum Gaudium der Unternehmer, die sich über diese Hilfe zweifellos freuen werden. Es ist sehr wohl möglich, daß durch den Einfluß der landwirtschaftlichen Unternehmer auf die Gesamtorganisation auch bei den industriellen Arbeitgebern eine schärfere Tonart Platz greifen wird, d. h. nicht etwa in Worten, sondern in ihren Handlungen. Das ergibt sich aus der größeren Machtvolle, die durch den Zusammenschluß gewonnen ist.

#### Christliches aus Siegnitz.

Sie treiben keinen Terror, die christlichen Gewerkschaften. In zwei Fabriken unserer Zahlstelle Siegnitz haben die Christen noch die Mehrheit und nutzen dieses in der schönsten Weise aus. In der Lederfabrik in Maltsch kann sich ein freier Arbeiter überhaupt nicht wohlfühlen. Stimmt doch am 2. September 1919 hier die Arbeiter unter dem Einfluß ihrer Führer dafür, weniger Lohn haben zu wollen, als der Unternehmer zahlen wollte. In der Zementfabrik in Neudorf a. R., wo sich ein Mitgliederchor und zu unseren Gunsten bemerkbar macht, hingen nun diese Gegner jeder Gewalt folgende Bekanntmachung an 48 Stellen der Fabrik an:

„Den früheren Mitgliedern des christlichen Verbandes zur Kenntnis, daß, falls dieselben bis Sonnabend, den 12. d. M., nicht wieder von ihrem jetzigen Verband zurückgetreten sind, keinen Anspruch auf Vertretung in einer künftigen Lohnfrage haben werden.“

„Den früheren Mitgliedern des christlichen Verbandes zur Kenntnis, daß, falls dieselben bis Sonnabend, den 12. d. M., nicht wieder von ihrem jetzigen Verband zurückgetreten sind, keinen Anspruch auf Vertretung in einer künftigen Lohnfrage haben werden.“

#### Christlicher Terror im Reichstahl!

Seitdem im Jahre 1215 unter Papst Innozenz III. die Ohrenbeichte zum Sündenbuss erhoben worden ist, hat die katholische Kirche im Laufe der Jahrhunderte es ausgezeichnet verstanden, diese Einrichtung, die man nicht mit Unrecht auch „Gewissensmarter“ nennt, allen möglichen Zwecken dienbar zu machen.

So ist es denn auch weiter nicht verwunderlich, wenn die katholische Geistlichkeit den Zeitverhältnissen entsprechend den Reichstahl heute benutzt, um die Gläubigen gegen die verhassten „roten“ Gewerkschaften, deren rapides Wachstum von jener Seite jenseits verfolgt wird, jähzornig zu machen.

Wiederholt hatten wir hier Gelegenheit, die jenseits der katholischen Kirche jeß so sehr gepriesene christliche Duldbarkeit ins rechte Licht zu rufen.

Der einzigen Konstante erst wurde hier berichtet, wie in Zwettlingen, einem kleinen, an der Bahnhöhe Bremen-Osnabrück gelegenen Industrieort, ein katholischer Geistlicher die Frauen bei der Ohrenbeichte aufjucherte, ihren Männern den ehebrüchlichen Verkehr zu verweigern, wenn dieselben sich dem „roten“ Arbeiterverband anschließen wollten. Ob der betreffende Geistliche den Frauen nun auch empfohlen hat, den ehebrüchlichen Verkehr zu verweigern, wenn die Männer den christlichen Gewerkschaften beitreten, konnten wir leider nicht feststellen.

Als würdiges Seitenstück zu dieser Episode stellt sich nun die nachstehende, welche sich kürzlich in ebendiesem Ort zugetragen hat.

Ein jüngeres Mitglied unserer dortigen Zahlstelle ging, seinen religiösen Pflichten nachkommend, zur Beichte. Nach erfolgtem Sündenbekenntnis erwartete unser junger Kollege wie üblich die Absolution (Freisprechung), welche ihm der „Diener an Gottes Statt“ nach kirchlichen Gebräuchen zu geben verpflichtet ist. In seinem nicht geringen Erstaunen bemerkte ihm der Geistliche jedoch die Absolution mit der Begründung, er könne ihn von Sünden nicht freisprechen, da er dem „sozialdemokratischen Arbeiterverband“ angehöre! Wohl oder übel mußte unser Kollege wieder mit seiner Sündenlast von dannen gehen; er Sünden zwar nicht ärmere, aber um die Erfahrung reicher, daß es Geplöde gibt, die noch päpstlicher sind als der Papst.

### Verbandsnachrichten.

#### Die Betriebsrätezeitung

war bei Schluß der Redaktion noch nicht aus Berlin eingetroffen. Sollte sie vor Jahresfristnahme des Verbandes unserer Verbandszeitung nach eintrifft, so wird sie beigelegt, andererseits erfolgt ihre Verlegung erst mit der Nr. 28 des „Proletarier“.

**Vom 18. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**  
 Sondershausen 900,—, Bötzingen 283,62,—, Saarau 125,—, R. 21,—, Duisburg 200,—, Heilberg 10 000,—, Blauen i. R. 2000,—, Döben 300,—, Weisenfels 56,—, Reutlingen 1000,—, Immenhof 820,—, Weßlingen 2000,—, Goslar 27,50,—, Darmstadt 5035,—, Bitterfeld 560,—, Singen 250,—, Bormen 202,50,—, Gröningen 1000,—, Schwanebeck 1819,39,—, Pargim 2000,—, Mustau 1000,—, Buzlau 5000,—, Sörter 400,—, Sebnitz 62,50,—, Roßwein 1000,—, Mühlader 10,—, Oderberg i. d. M. 1000,—, Garg 143,30,—, Grünstadt 12,—, Nienburg 5,50,—, Büren 124,10,—, Barfabe 25,20,—, Halle a. d. S. 2000,—, Altwasser 500,—, Seibronn 5800,—, Dippach 2000,—, Frankfurt a. M. 886,—, Reitz 2000,—, Bonn 1000,—, Neuhaldensleben 600,—, Neubamm 181,20,—, Zehndorf 4000,—, Eisenberg (S.-M.) 4500,—, Reutlingen 1000,—, Hofum 71,—, Galtrow 1000,—, Schönlanke 561,89,—, Labenburg 113,—, Nadeburg 18,—, Högau 2000,—, Bremen 5000,—, Bühne 131,40,—, Frankfurt a. d. O. 3000,—, Marktschlößl 2000,—, Halle a. d. S. 2000,—, Märktisch-Griebland 654,07,—, Freiberg i. S. 70,—  
 Schluß: Donnerstag, den 24. Juni, mittags 12 Uhr.  
 Fr. Bruns, Kassierer.

#### Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Banzen	90 Pf.	55 Pf.	1. Juli 1920
Celle	60	35	1. " 1920
Gersfelde (Marz)	75	65	1. " 1920
Rehl (Baden)	30	20	1. " 1920
Reutlingen	90	65	1. " 1920
Reutland a. d. Müsch	60	—	1. " 1920
Blauen i. Vogland	90	65	1. " 1920
Blauenicher Grund	90	65	1. " 1920
Paltertrag b. Frankf. a. d. O.	35	25	1. " 1920
Nienburg (Westpr.)	75	45	1. " 1920
Schöningen	60	30	1. " 1920
Sondershausen	60	—	1. " 1920
Uedermande	75	45	1. " 1920
Weimar	50	35	1. " 1920

#### Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Gau 1.**  
Osternode a. Harz. 2. Bev.: Wilhelm Weiz, Auenstraße 2.
- Gau 3.**  
Kottbus-Greifenberg. 1. Bev. und Geschäftsf.: F. Kerstan. Bureau: Kottbus, Gertraudenstraße 2, 1. Et. 2. Bev.: Max Rohmer, Lautawerl i. R., Borade 18, 2. Et. Landsberg a. d. W. 2. Bev.: Paul Spaad, Soldiner Str. 103, 1.
- Gau 4.**  
Leffin i. Mecklb. 1. Bev.: S. Burmeister, Lange Straße 145. 2. Bev.: Frik Hohmann, Mühlenstraße 212.
- Gau 5.**  
Wartenburg, Reg.-Bez. Allenstein (Ostpr.). (Neue Zahlstelle.) 1. Bev.: Wilhelm Behrendt, Hutfeldstraße. 2. Bev.: Johann Groß, Hutfeldstraße.
- Gau 8.**  
Eisenberg (S.-M.). 1. Bev.: Emil Gerhardt, Gera (S.-M.), Englanstraße 11, pt. (Gewerkschaftshaus). 2. Bev.: Erich a. Harz, 2. Bev.: Herm. Bauerwald, Schützenplatz 5.
- Gau 10.**  
Gebersfelde mit Mühlhof verflochten. Geeshaupt (Magern). 2. Bev.: Joseph Uj. Straubing. 1. Bev.: Mich. Steined, Landshuter Str. 909 1/25.
- Gau 12.**  
Neustadt a. d. Haardt. 1. Bev.: Heinz Adrian, Zwerggasse 6. Kreuznach. 2. Bev.: Adam Domilian, Gadenheimer Str. 3.
- Gau 15.**  
Lützenburg (Schl.-Holst.). (Neue Zahlstelle.) 1. Bev.: L. Evers, Oberstraße 16, 1. Et. Oldendorf b. Oldenburg. 2. Bev.: Arno Würzbach, Oldendorf bei Oldenburg, Bahnhof.

#### Zahlstelle Kleve-Goch. 250 M.

Die Stelle eines Geschäftsführers ist durch den Kollegen Peter Knops besetzt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank!

#### Die Zahlstelle Königsberg i. Pr.

sucht zum baldigen Eintritt einen zweiten Agitationsleiter.

Bewerber müssen die Rechtschreibung beherrschen, zum Abhalten von Vorträgen befähigt und mindestens fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Neben einem kurzen Lebenslauf ist der Bewerbung beizufügen eine selbstverfaßte schriftliche Arbeit über:  
 1. Welche Aufgaben hat der Agitationsleiter einer Zahlstelle, die sich auf einen größeren Bezirk erstreckt?  
 2. Wie hat er sich bei Lohnbewegungen und ausbrechenden Differenzen zu verhalten?  
 3. Wie ist die innere Leitung und Verwaltung einer Zahlstelle am zweckmäßigsten zu gestalten?  
 Die Anstellung erfolgt nach den letzten Beschlüssen des Vorstandes und Ausschusses. [10 M.]  
 Die Bewerbungen sind bis zum 15. Juli 1920 zu richten an Friedrich Budholz, Königsberg, Vorder Hofgarten 61/62, 3. Et.

#### Die Zahlstelle Ludwigsbafen a. Rb. und Umgegend

sucht zum möglichst sofortigen Eintritt einen zweiten Agitationsleiter.

Bekanntlich befähigte Bewerber, die in der Agitation Erfahrung besitzen, wollen einen kurzen Lebenslauf einreichen sowie eine Abhandlung über die Frage: „Wie ist die Agitation für unseren Verband am erfolgreichsten zu betreiben?“ Gehalt nach den Bestimmungen des Zentralvorstandes. Die Anstellung erfolgt zunächst provisorisch, nach drei Monaten endgültig. Bewerbungen sind bis zum 15. Juli zu senden an [5 M.]  
 Karl Kästner, Ludwigsbafen a. Rh., Markt. 63/65.

#### Die Zahlstelle Schweinfurt a. M. Geschäftsführer.

Reflektiert wird auf eine selbständige Kraft, die tüchtig in der Papierführung sowie rednerisch begabt ist. Das Bewerbungsschreiben muß enthalten: Lebenslauf, Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie eine selbständige Arbeit über „Die Aufgaben eines Agitationsleiters“. Bedingung: Mehrjährige Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Organisation. Bewerber aus der gleichen Industrie werden bevorzugt. Gehalt 1300 M. [7 M.]  
 Bewerbungsschreiben sind bis 10. Juli einzureichen an  
 R. Federich, Schweinfurt, Goethestraße 8, I.